

Die Ernährungsfragen vor der Reichstagskommission.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verhandelte heute über die Bundesratsmaßnahmen betreffend die Volksernährung. Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück wurden für vertraulich erklärt.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte, daß das Resultat des ersten Kriegsjahres verhältnismäßig gut war, da eine allzu große Preistreibe im Durchschnitt nicht wahrzunehmen war. Die sozialdemokratische Partei table nicht alles, sie erkenne an, daß manches geschehen ist, aber dies war unvollständig und kam ver spät, wodurch auf manchen Gebieten jener Wucher möglich wurde, den schließlich auch die Kreisregierung festgestellt und zu dessen Bekämpfung sie sich entschlossen hat. Die Teuerung treffe sowohl die Arbeiter wie die Kleinbauern und den Mittelstand. Ihr Einfluß auf die Volksgesundheit könnte bei längerer Dauer nicht übersehen werden. Die wichtigste Frage sei, wie weit die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte gerechtfertigt sei. Im Landtage habe die Regierung erklärt, daß für 1914 Höchstpreise vielleicht nicht gerechtfertigt seien, aber für 1915 gerechtfertigt sein könnten. Im Landtage sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise für Kunstdünger nicht besonders gestiegen seien, die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft desgleichen. Hohe Preise werden nur gerechtfertigt durch ein entsprechendes Verhältnis von Angebot und Nachfragen. Unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen könne aber diese Richtschnur nicht gezogen werden. An Arbeit hat es der Bundesrat nicht fehlen lassen, da er 250 Verordnungen herausgegeben hat. Wenn man in landwirtschaftlichen Kreisen glaube, daß die Höchstpreise erhöht würden, so war als bald Zurückhaltung der Produkte zu verzeichnen. Eine Ursache der nicht völligen Wirksamkeit der Verordnungen ist, daß man nicht genau wußte, was im Lande vorhanden sei. Hoffentlich werde später eine bessere Statistik durch unabhängige Wirtschaftsstatistiker geführt werden. Vollkommen geklappt habe nur die Brotversorgung. Das Volk habe die Beschränkung des Konsums willig ertragen. Die Preise von Getreide, von Mehl stehen zueinander in gar keinem Verhältnis. Der Mangel an Höchstpreisen für Gerste habe Preistreiberien beim Bier ermöglicht. Die Interessenten fordern eine Erhöhung der Zuckerkhöchstpreise um 15 M. Dem dürfe nicht stattgegeben werden. An der Verwirrung auf dem Kartoffelmarkt trage die Bestimmung Schuld, daß aus den geernteten Kartoffeln Speisekartoffeln verlesen werden könnten. Den Mangel an Futtermitteln habe man benutzt, um die Preise von Fleisch und Vieh zu treiben. Die Landwirtschaft halte die Schweine zurück, weil man auf eine Erhöhung der Preise hoffe. Es müßten Fleisch- und Fett-Karten eingeführt werden. Die fleischlosen Tage beständen nicht für diejenigen, die sich tags zuvor genug Fleisch kaufen. Es sollten nur Kriegswurst und Kriegsläse hergestellt werden. Wenn nur eine oder höchstens zwei bis drei Sorten angefertigt werden dürfen, so würde das zur Verbilligung dienen. Die jetzigen Butterpreise seien für die Unbemittelten zu hoch. Die Sozialdemokratie verlange nicht, daß die Produzenten unter den Erzeugungskosten verkaufen sollen, es sollen nur die Auswüchse beseitigt werden. Den Gemeinden sei ein weiteres Eingreifen aus finanziellen Gründen erschwert, weshalb das Reich ihnen zu Hilfe kommen müsse. Es müsse eine lückenlose Festsetzung von Höchstpreisen eintreten. Der von einem Zentrumsblatt geforderte wirtschaftliche Diktator würde sich noch weniger von Einflüssen freimachen können, die nicht als günstige bezeichnet werden könnten. Bei der Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise scheinen Unstimmigkeiten zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den Reichsstellen bestanden zu haben. Es gebe nur einen Diktator, der segensreich wirken könne, das ist die öffentliche Meinung. Man möge doch den einstimmigen Beschluß des Reichstags ausführen, nämlich eine Reichslebensmittellzentrale zu errichten, die die ganze Volksernährung kontrollieren soll. Der Reichstag sollte ständig mitreden.